

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-3083/09  
von Brigitte Fouré (PPE-DE)  
an den Rat

Betrifft: Grenzübergreifende Durchsetzung von Verkehrssicherheitsvorschriften

Das Europäische Parlament nahm am 17. Dezember 2008 den Vorschlag für eine Richtlinie zur Erleichterung der grenzübergreifenden Durchsetzung von Verkehrssicherheitsvorschriften an (KOM(2008)0151). Diese Richtlinie soll den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten erleichtern, damit sie jeden Autofahrer, der ein Verkehrsdelikt begangen hat, verfolgen können, selbst wenn das Fahrzeug in einem anderen Mitgliedstaat zugelassen ist.

Trotz des überwältigenden Votums des Europäischen Parlaments für den Bericht Sender wurde das Verfahren zur Annahme dieser Richtlinie ausgesetzt, weil mehrere Mitgliedstaaten dem Rat der Europäischen Union rechtliche Probleme gemeldet hatten.

In Anbetracht der Notwendigkeit, eine Senkung der Zahl der Verkehrstoten in Europa anzustreben, können wir uns mit dieser Situation nicht zufrieden geben.

Welche Lösungen zieht der Rat in Erwägung, um diese rechtlichen Probleme zu überwinden und entsprechende Rechtsetzungsmaßnahmen zu ergreifen?